

Die Präsidentschaft der Prager Pragmatiker

Der tschechische EU-Ratsvorsitz zwischen innenpolitischen Zerwürfnissen und internationalen Krisen

Kai-Olaf Lang / Tomislav Maršić

Die Regierung der Tschechischen Republik, die am 1. Januar 2009 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, sieht sich mit mannigfachen Zweifeln an ihrer Führungs- und Konfliktlösungsfähigkeit konfrontiert. Anlass zur Sorge geben das brüchige Fundament der Prager Regierung und das Auftreten des europaskeptischen Staatspräsidenten Václav Klaus. Dass der Vorsitz für das kleine Land eine Premiere ist, hat zusätzlich für Misstrauen gesorgt, zumal die Meinung vorherrscht, dass die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und der Umgang mit unerwarteten internationalen Problemlagen eine starke Präsidentschaft erfordern. Übermäßiger Pessimismus ist dennoch fehl am Platze. Der Ratsvorsitz wurde solide vorbereitet, und Premierminister Mirek Topolánek knüpft trotz einer gewissen Reserviertheit gegenüber der EU an die pragmatische europapolitische Tradition tschechischer Regierungen an. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise und der bereits stattfindenden massiven staatlichen Interventionen wird Prag nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, dem marktorientierten Kernthema der Präsidentschaft Geltung zu verschaffen: der Idee eines »Europas ohne Barrieren«. Bei alledem bleibt Václav Klaus ein Störfaktor, da er die Aufmerksamkeit, die die Präsidentschaft erfährt, auf eine voraussichtlich von ihm unterstützte neue europaskeptische Partei lenken könnte.

Premierminister Mirek Topolánek ist es auf den ersten Blick nicht gelungen, sich zumindest für die Zeit der Präsidentschaft innenpolitisch den Rücken freizuhalten. Da die Koalition der rechten Mitte aus konservativ-liberaler Bürgerpartei (ODS), christdemokratischer Volkspartei (KDU-ČSL) und Grünen (SZ) über keine stabile Mehrheit verfügt und letztlich auf die Stimmen sieben mittlerweile fraktionsloser Abgeordneter angewiesen ist, erwies es sich für den

Regierungschef als ungünstig, dass er keine »Waffenruhe« mit der wichtigsten Oppositionspartei vereinbaren konnte, der sozialdemokratischen ČSSD. Entsprechende Gespräche wurden seit Herbst 2008 geführt, scheiterten jedoch Ende des Jahres (zumindest vorläufig), da Topolánek nicht bereit war, auf die prononcierten Forderungen der Sozialdemokraten einzugehen. Diese hatten unter anderem ein rasches Ja der ODS zum Lissabon-Vertrag und einen zügi-

gen Abschluss des parlamentarischen Verfahrens zur Abstimmung über das Dokument angemahnt. Gleichzeitig lehnten sie die von Topolánek anvisierte Bindung der Lissabon-Vertragsbilligung an ein positives sozialdemokratisches Votum für die Stationierung von Komponenten der US-Raketenabwehr in der Tschechischen Republik ab. Vor allem aber machte die ČSSD die Abhaltung vorgezogener Parlamentswahlen zu einer Bedingung für einen »Burgfrieden« während des Vorsitzes. Dies alles ging Topolánek und der ODS viel zu weit und wurde als »Erpressungsversuch« abgelehnt.

Innenpolitische Unwägbarkeiten

Das Fehlen einer formalisierten Abmachung mit der Opposition hat jedoch keine direkten negativen Folgen für die Ausübung des Ratsvorsitzes. Allerdings können Attacken der Sozialdemokratie die Spitzen der Exekutive beanspruchen. Wie streitbar die ČSSD ist, zeigte sich beispielsweise, als Parteichef Jiří Paroubek ankündigte, dass er ein Misstrauensvotum gegen die Regierung nicht ausschließen wolle.

Unannehmlichkeiten bereitet dem Premier auch der Zustand der Regierungskoalition. Anfang Januar eskalierte der innerparteiliche Konflikt in der KDU-ČSL, bei dem sich der von den Christdemokraten gestellte Finanzminister Miroslav Kalousek und Parteichef Jiří Čunek gegenüberstehen. Erst als Čunek beidrehte und seinem eigenen Abgang aus der Regierung zustimmte, konnte Topolánek den längst überfälligen Umbau seines Kabinetts in Angriff nehmen.

Obschon die Querelen in der KDU-ČSL Mitte Januar mit einem vorläufigen innerparteilichen Kompromiss beendet wurden, muss sich Topolánek weiterhin auf unberechenbare Aktionen der Christdemokraten einstellen. Denn diese werden in nächster Zeit danach trachten, der Partei mehr Statur zu geben, damit sie nicht als Anhängsel der unpopulären ODS erscheint. Dabei könnte auch (mit Blick auf die nächsten Parlamentswahlen, die spätestens 2010 anstehen) der alte Richtungsstreit

zwischen rechter Mitte und Linkszentristen wieder aufbrechen.

Weniger widerborstig agiert der zweite Koalitionspartner der ODS, die Partei der Grünen (SZ). Nach langen Streitigkeiten zwischen Parteichef Martin Bursík und parteiinternen Widersachern verwundert es aber kaum, dass die SZ nun auch in den Umfragen an Beliebtheit einbüßt. Die Partei, die nicht nur in der Frage der Raketenabwehr uneins mit sich ist, dürfte daher in der näheren Zukunft wohl nicht als ruhender Pol im Regierungsbündnis wirken.

Trotz der Angriffe aus der Opposition und Ungewissheiten in der Koalition scheint die Lage in der ODS aus Sicht ihres Vorsitzenden Topolánek unproblematisch. Nach dem Desaster bei den Wahlen im Herbst, herber Kritik von der Basis und der Offensive des Prager Oberbürgermeisters Pavel Bém (der selbst ODS-Chef werden wollte) konnte Topolánek Anfang Dezember auf dem Parteikongress seine Position konsolidieren. Auch Václav Klaus hatte es nicht vermocht, ein schlagkräftiges Bündnis der Topolánek-Gegner auf die Beine zu stellen. Sein Entschluss, der von ihm gegründeten Partei den Rücken zu kehren, zeugt nicht nur davon, wie weit sich der Staatspräsident inhaltlich vom Mainstream der ODS entfernt hat. Er ist auch ein Indiz dafür, dass es (schon länger) keine mächtige Klaus-Seilschaft in der Partei mehr gibt.

Klaus' Bruch mit der ODS und sein Plan, eine Partei mit EU-kritischer Stoßrichtung zu etablieren, wirkt sich für Topolánek zunächst nicht unbedingt nachteilig aus. Petr Mach, der Leiter des Zentrums für Ökonomie und Politik (CEP), eines Klaus-nahen Think-Tanks, lancierte Mitte Januar die ersten Umriss der Partei freier Bürger (SSO). Sie bestätigen, was zuvor vermutet werden konnte: dass es nicht zu einer regelrechten Spaltung der ODS kommen würde. Zwar haben einige Mitglieder der Bürgerpartei der neuen Gruppierung ihre Unterstützung zugesagt. Doch dürfte sich die Zahl jener ODS-Politiker in Grenzen halten, die sich auf das unsichere Projekt einlassen werden. Zumal deren Verhältnis zur euro-

paweiten Anti-Lissabon-Bewegung Libertas des Iren Decan Ganley zunächst unklar ist. Denn obwohl SSO-Gründer Mach erklärt hatte, mit Libertas zusammenarbeiten zu wollen, wurde Mitte Januar die Registrierung eines tschechischen Ablegers der Libertas bekanntgegeben, hinter dem der Europaabgeordnete Vladimír Železný steht. Mit der gleichzeitigen Etablierung mindestens zweier europaskeptischer Parteien sinken deren Erfolgsaussichten. Unzufriedene ODS-Politiker werden es sich daher genau überlegen, ob sie den Schritt in eine ungewisse politische Zukunft machen wollen. Durch entsprechende Parteiaustritte würde die ODS längerfristig etwas homogener, da sie sich zumindest einiger »Fundamentalisten« und Klaus-Freunde entledigen könnte.

Würde Klaus indes Anstrengungen machen, die neue Partei ins Gespräch zu bringen, könnte dies sowohl innenpolitisch als auch mit Blick auf die Ratspräsidentschaft Folgen haben. Sollte er die SSO, an deren Gründung er nicht einmal beteiligt war, als aussichtsreiches Unterfangen einstufen, könnte der Staatpräsident mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament eine entschlossene Unterstützungskampagne starten. Auf diese Weise würde Klaus der ihm nahestehenden Partei Profil verleihen, und dies insbesondere auch dadurch, dass er die ODS und Premier Topolánek als naiv-nachgiebige Proeuropäer darstellt. Dies könnte insbesondere in der ODS neuerliche Diskussionen über die europapolitische Verortung der Partei nach sich ziehen. Schmerzen würde es Topolánek angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse auch, wenn ODS-Abgeordnete zur SSO übertreten würden.

Gleichwohl geht Topolánek trotz der begrenzten außenpolitischen Kompetenzen des Staatspräsidenten nicht auf Konfrontationskurs zu ihm, sondern versucht, ihn mit kleineren Zugeständnissen einzufangen. So soll Klaus' Störpotential beispielsweise dadurch eingedämmt werden, dass er als Gastgeber einiger Gipfel die EU gegenüber außereuropäischen Akteuren reprä-

sentiert. Und bei der Vorstellung der Prioritäten des Vorsitzes im Europäischen Parlament nahm Topolánek den Staatspräsidenten ausdrücklich in Schutz und würdigte dessen Leistungen für den tschechischen Transformationsprozess. Denn jenseits von außenpolitischen Kompetenzrangeleien zwischen dem Staats- und dem Regierungschef sowie der deutlich geringer ausgeprägten transatlantischen Orientierung des Präsidenten wird Klaus' Kooperation bei der harzigen Ratifizierung des Lissabon-Vertrags noch gebraucht.

Stockende Ratifikation des Lissabon-Vertrags im Vorsitzland

Präsident Klaus hatte zwar zunächst seine Kooperationsbereitschaft signalisiert, sollten Unterhaus und Senat dem Lissabonner Vertragswerk zustimmen. Seit dessen Ablehnung im ersten irischen Referendum knüpft er seine Unterschrift jedoch – wie auch Polens Präsident Lech Kaczyński – an das endgültige Ergebnis einer erneuten Entscheidung in Irland. Überdies lehnt er ein Urteil des Verfassungsgerichts als politisch motiviert ab, in dem der Lissabon-Vertrag in sechs dem Gericht vorgelegten Punkten als verfassungskonform beurteilt wurde.

Nicht zuletzt weil der Reformvertrag im Unterschied zum Verfassungsvertrag von der ODS selbst mit ausgehandelt worden ist, gibt sich Topolánek überzeugt, dass Tschechien das Vertragswerk ratifizieren wird. Analog zur Diskursstrategie der Vertragsbefürworter in Irland droht er dabei immer häufiger mit den potentiellen Folgen einer Nichtratifikation, die angeblich bis zu einem Ausschluss aus der EU führen könnten.

In beiden Prager Parlamentskammern scheint eine Mehrheit für die Abstimmung über den Vertrag in der Tat nicht ausgeschlossen. Auf dem Parteitag der ODS im Dezember hatten zumindest die unerbittlichen Gegner des Vertrags, die die Parlamentarier der Partei auf ein Nein-Votum verpflichten wollten, eine Niederlage erlit-

ten. Die Entscheidung liegt nun in der Regie der Fraktionen in Abgeordneten-kammer und Senat. Allerdings existieren nach wie vor Unwägbarkeiten. Denn in den geäußerten Bedenken einzelner ODS-Parlamentarier (insbesondere einiger Senatoren) deutet sich bereits eine Neueröffnung der Debatte an, die den anvisierten Abstimmungstermin im Februar ins Wanken bringen könnte.

Zudem hält sich Präsident Klaus mit seinen unklaren Äußerungen alle Möglichkeiten der Obstruktion offen. Zwar sind die verfassungsrechtlichen Konsequenzen einer grundsätzlichen Weigerung zum Abschluss des Ratifikationsverfahrens umstritten. Jedoch könnte der Staatspräsident erneut das Verfassungsgericht anrufen.

Schwieriges Umfeld

Jenseits der unübersichtlichen Lage in der Innenpolitik hätten die internationalen Rahmenbedingungen für die tschechische Präsidentschaft Anfang des Jahres 2009 kaum schwieriger sein können. Tschechien war sowohl durch den eskalierenden Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine als auch durch die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der von der Hamas geführten Administration im Gazastreifen und Israel gefordert. Zudem hakt der Prozess der EU-Vertragsreform nicht nur in Tschechien und Irland, sondern auch in Polen und Deutschland. Ziel der Präsidentschaft ist es in diesem Kontext, die Garantien, die Irland für die Ratifikation gegeben werden sollen, bis Juni auszuformulieren.

Zusätzlich bahnen sich mit einer Serie von Gipfeln zur internationalen Finanzkrise wie auch mit dem Machtwechsel in den USA fundamentale Veränderungen des globalen Finanz- und Sicherheitssystems an, deren maßgebliche Ausgestaltung im ersten Halbjahr 2009 anläuft.

Neben weiteren Banken könnten zudem auch Staaten der Eurozone in Zahlungsschwierigkeiten geraten, nachdem bereits die Bonität einzelner Länder herabgestuft worden ist und die Finanzmärkte die Staats-

anleihen einiger Staaten mit deutlichen Risikoprämien belegen.

Als Krisenmanager bewähren musste sich die Präsidentschaft sowohl im Konflikt um vorenthaltene Gaslieferungen als auch im Krieg in Gaza. Obwohl in beiden Fällen die Konfliktstruktur bekannt war und sich zumindest im Falle Gazas eine militärische Antwort Israels auf den Bruch des Waffenstillstandsabkommens durch die Hamas absehen ließ, wirkte die Präsidentschaft überrascht und zuweilen auch überfordert. Zwei parallele und kaum koordinierte Vermittlungsmissionen im Nahen Osten – die eine angeführt vom tschechischen Außenminister, die andere von Nicolas Sarkozy – sorgten für Kakophonie. Auch im Gasstreit wirkte Prag zunächst nicht sonderlich souverän. Nach einer zurückhaltenden Antwort Tschechiens auf die Unterbrechung der lebenswichtigen Gaslieferungen übernahm zunächst die EU-Kommission die Initiative und vermittelte zwischen der Ukraine und Russland. Erst im Anschluss daran brachte sich die Präsidentschaft energischer ein. Die Pendeldiplomatie des tschechischen Premiers trug am Ende dazu bei, dass die Lieferblockade – zumindest zeitweise – überwunden werden konnte.

Prägend für den tschechischen Vorsitz wird nicht zuletzt der Antritt der neuen US-Administration sein, die sich nach einer langen Phase amerikanischer Passivität wieder intensiver in das Weltgeschehen einschalten dürfte. Ein um die Regierungschefs der Mitgliedstaaten erweiterter EU-USA-Gipfel ist für April geplant. Während Barack Obama bereits seine aktive Vermittlung im Gazakonflikt ankündigte, wird die EU ab dem Frühjahr aufgrund der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni und der Neubesetzung der EU-Kommission nur eingeschränkt handlungsfähig sein.

Agenda und Prioritäten

Während sich die tschechische Regierung im Vorfeld der Übernahme des Vorsizes mit grundsätzlichen Zweifeln an ihrer »Präsidentschaftsfähigkeit« konfrontiert

sah, entbrannte im eigenen Land eine Diskussion darüber, inwieweit Prag in der Lage sein werde, sich in der EU und vor allem international durchzusetzen. Insbesondere aus dem europaskeptischen Lager meldeten sich Stimmen, die der Tschechischen Republik als kleinem und verhältnismäßig jungem Mitgliedstaat eher eine bürokratisch-technische Rolle zuwiesen. Demgegenüber sei es den Schwergewichten in der EU vorbehalten, vornehmlich Frankreich und Deutschland, politische Initiativen anzustoßen und ihnen Nachhaltigkeit zu verleihen. Der rasante Stil des französischen Staatspräsidenten, insbesondere die Debatte über einen französischen Eurogruppenvorsitz, galten als Bestätigung dieser Ansicht. Tschechische Medien malten gar die Gefahr einer »gestohlenen Präsidentschaft« an die Wand, bei der Prag zwar formal die Geschicke der EU koordiniere, die eigentlichen Impulse aber aus anderen Hauptstädten kämen. Die tschechische Regierung tritt dieser Sicht entschlossen entgegen. Einerseits indem sie auf den selbstgesetzten Prioritätenkatalog verweist, andererseits indem sie unterstreicht, dass sie sich mit Paris und Berlin eng abstimmt. Des eigenen, begrenzten Potentials bewusst, will sie jedoch mehr als bloße Koordinierungsarbeit leisten und sich nicht auf reine Misserfolgsvermeidung beschränken. Dabei kommt es Prag gar nicht ungelegen, dass die Erwartungen an die tschechische Präsidentschaft eher gering sind. Zumindest wird so das »Enttäuschungsrisiko« reduziert und die Präsidentschaft kann dem Bewertungsmaßstab gerecht werden, der an sie angelegt wird.

Die inhaltliche Ausrichtung des tschechischen Vorsitzes, zusammengefasst in den drei Prioritätenbündeln »Ökonomie, Energie, EU in der Welt« (gemäß der englischen Trias »Economy, Energy, EU in the World«, den »drei E«), reflektiert nicht zuletzt den politischen Hintergrund der Regierung bzw. der liberalkonservativen ODS. Das Präsidentschaftsmotto »Europa ohne Barrieren« und das sich auf Binnenmarkt und wirtschaftliche Reformen konzentrierende Arbeitsprogramm tragen die Handschrift

einer deutlich marktwirtschaftlich orientierten Regierungskoalition. Die Beschäftigung mit den vier Freiheiten, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Liberalisierung des Außenhandels waren schon früh als Kern der thematischen Schwerpunktsetzung festgelegt worden. Diese Akzentuierung fügt sich auch in das von Mirek Topolánek auf dem Parteitag der britischen Konservativen im September 2008 skizzierte Leitbild eines offenen, freien und flexiblen Europas ein, in dem »Freiheit und nicht Solidarität« als Grundwert zu gelten habe. Zusätzlich sind jenseits der selbstgewählten Prioritäten wichtige Politikfelder wie unter anderem die Erweiterung sowie Justiz und Inneres auf der Agenda, denen man ebenfalls seinen Stempel aufdrücken möchte.

Wirtschaft. Premierminister Topolánek hatte im Vorfeld bereits mehrfach unterstrichen, dass das erste E des tschechischen Ratsprogramms, nämlich *Economy*, die Wirtschaft der EU, viel Raum einnehmen würde. Mit einem Liberalisierungsprogramm will Tschechien die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken und den Binnenmarkt insbesondere bei den Dienstleistungen seiner Vollendung zuführen. Im Zusammenhang mit dem fünften Jahrestag der EU-Osterweiterung sollen in bilateralen Gesprächen jene vier EU-Staaten mit entsprechenden Ausnahmeregelungen dazu angestoßen werden, die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit vorzeitig zu beenden – ein nicht nur angesichts der anstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag kaum aussichtsreiches Unterfangen.

Nachdem in der Finanzmarktgesetzgebung gegen Ende der französischen Präsidentschaft noch eine Einigung über die Richtlinie zur Einlagensicherung erzielt wurde, strebt Tschechien den Abschluss noch offener Gesetzesvorhaben an, die insbesondere die Versicherungstätigkeit, die Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie sowie der Rating-Agenturen betreffen. In allen Fällen sollen Ergebnisse innerhalb der Mitte 2009 endenden Legislaturperiode des

Europäischen Parlaments erzielt werden.

Für den Europäischen Rat im März wird zudem der Bericht der sogenannten Larosière-Gruppe erwartet, die einen Kompromissvorschlag für eine einheitlichere Finanzmarktaufsicht erarbeiten soll, die unter den Mitgliedstaaten umstritten ist. Dieser soll als Grundlage für eine gemeinsame Position für den zweiten G20-Weltfinanzgipfel im April in London dienen. Ebenso wie andere Mitgliedstaaten ist die tschechische Führung dagegen, eine grenzüberschreitende Finanzmarktaufsicht zu etablieren und ihr weitreichende Kompetenzen zu verleihen.

Angesichts der potentiellen Haushaltsbelastungen durch die zahlreichen nationalen Rettungspakete möchte Prag überdies mit der Unterstützung Deutschlands einen gemeinsamen Haushaltskonsolidierungsplan etablieren, der eine exzessive Verschuldungspolitik verhindern soll. Widerstand gegen einen solchen Plan kommt vor allem aus Paris.

Insgesamt wird es die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise Prag schwer machen, die Rolle des Anstoßgebers für marktwirtschaftliche Reformen der europäischen Volkswirtschaften zu spielen. Daher dürfte sie sich mehr auf die Aufgabe konzentrieren, in Zeiten, in denen Regulierung und staatliche Intervention wieder eine große Rolle spielen, ein Zurückdrängen liberaler und konkurrenzwirtschaftlicher Prinzipien zu verhindern.

Energie. Prag sieht sich durch die russisch-ukrainischen Querelen um Gaslieferungen in seinem Entschluss bestätigt, Energiesicherheit zu einem der Kernthemen seiner Präsidentschaft gemacht zu haben. Die tschechische Präsidentschaft versucht denn auch, die mit der Gaskrise einhergehende Sensibilisierung in der EU für Fragen der Versorgungssicherheit zu nutzen. So soll bis zum Frühjahrsgipfel die Unterstützung für die im November 2008 von der Kommission vorgelegte Energiesicherheitsstrategie eingeworben werden, wobei Prag – mit der Rückendeckung zahlreicher Mit-

gliedstaaten – auf Nachbesserungen drängen wird. Die außerordentliche Zusammenkunft des Energierates am 12. Januar zeigte, dass dieser Prozess eine Dynamisierung erfahren kann, da eine gewisse Bereitschaft besteht, auch konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Energiesolidarität und Versorgungssicherheit in der EU zu treffen.

Mit Blick auf die Außendimension der europäischen Energiepolitik misst Prag dem Projekt der Nabucco-Pipeline große Bedeutung bei. Ein Gipfeltreffen mit Vertretern von Staaten des kaspischen Raums (Southern Gas Corridor) und die Aufforderung an die Kommission, für die zügige Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Einbindung von Firmen aus dem kaspischen Raum in das Pipeline-Konsortium zu sorgen, sind praktische Schritte, um »Nabucco« voranzubringen.

EU-Außenbeziehungen: Ostpartnerschaft und Russland. Die Tschechische Republik hat sich frühzeitig an der Diskussion über eine Vertiefung der Kooperationsbeziehungen mit den östlichen Nachbarn der EU beteiligt. Dazu hatte Prag in der ersten Hälfte 2008 auch eigene Gedanken formuliert und stand in engem Kontakt mit den Partnern aus der Visegrád-Gruppe und insbesondere mit Polen, das (gemeinsam mit Schweden) im Frühjahr 2008 die Idee einer *Eastern Partnership* lancierte. Die Tschechische Republik beteiligte sich zudem am Prozess der Konkretisierung der Östlichen Partnerschaft durch die Kommission. Insofern erstaunt es wenig, dass sich die Fortentwicklung und Umsetzung dieser in die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) eingebundenen Initiative in der Prioritätenliste der Ratspräsidentschaft an herausgehobener Stelle finden. Prag wird sich nicht zuletzt auf den im Rahmen der Ostpartnerschaft geplanten Gipfel der EU-Staats- und -Regierungschefs mit deren Pendanten aus den östlichen Anrainerstaaten konzentrieren, der als »sichtbares Zeichen« der östlichen ENP-Dimension und als Schritt zu einer vorsichtigen Institutionalisierung der multilateralen Kooperation an

der Ostflanke der Union fungieren soll. Parallel hierzu sollen auf bilateraler Ebene die Gespräche mit der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen vorangebracht werden – ein Vorhaben, das angesichts der undurchsichtigen innenpolitischen Situation in der Ukraine, der herben Auswirkungen der Finanzkrise auf das Land und der heiklen Verhandlungsthematik Handel und Wirtschaft kein leichtes werden dürfte.

Trotz einer Russland-kritischen Grundstimmung in Teilen der gegenwärtigen tschechischen Regierung gibt sich Prag als Ratsvorsitz im Umgang mit der Regierung in Moskau betont sachlich. So wurde der russisch-ukrainische Gasstreit ostentativ als Handelskonflikt und nicht als politische Auseinandersetzung bezeichnet – was die Vermittlungsbemühungen des tschechischen Premiers durchaus erleichtert haben dürfte. Prag wird insgesamt daran interessiert sein, den Dialog mit Russland und insbesondere die Gespräche über ein neues Abkommen mit der EU fortzusetzen. Gleichzeitig wird es aber versuchen, ein Bewusstsein für vermeintliche Risiken zu schaffen, die von Russland ausgehen, und die Chancen für ein abgestimmtes Vorgehen der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber Moskau zu verbessern.

Erweiterung. Obwohl Tschechien als Verfechter weiterer Erweiterungsrounden vor allem den Beitritt des westlichen Balkans zur EU unterstützt, hat Topolánek in seinem Programm das Stichwort Erweiterung – das vierte E – nicht genannt, insbesondere weil das Thema wegen der stockenden Vertragsreform vorläufig auf Eis bleibt. Montenegro hat entsprechende skeptische Signale aus der Kommission ignoriert und kürzlich einen Beitrittsantrag eingereicht; Albanien, Serbien und Bosnien werden demnächst nachziehen. Dabei ist zur Zeit fraglich, ob die Kommission neue Beitrittsanträge ernsthaft prüfen wird, zumal unter den Mitgliedstaaten der Konsens über neue Erweiterungsrounden augenblicklich fehlt.

Tschechien hat gleichwohl angekündigt, es wolle den Beitrittsprozess Kroatiens

beschleunigen und den an der Haltung Sloweniens gescheiterten Vermittlungsversuch der französischen Präsidentschaft im bilateralen Grenzstreit zwischen Ljubljana und Zagreb fortsetzen. Da die Verknüpfung bilateraler Probleme mit EU-Beitrittsverhandlungen durch Slowenien in kommenden Erweiterungsrounden Nachahmer finden könnte, hat die Kommission bereits damit begonnen, nach Möglichkeiten zu suchen, um ähnliche Blockaden künftig zu verhindern. Tschechien unterstützt darüber hinaus – im Gegensatz etwa zur skeptischeren Bundesrepublik – die großzügige Liberalisierung von Visabestimmungen, über die derzeit verhandelt wird. Prag versucht überdies mit der Idee eines neuen »pre-screening« den Vorbeitrittsprozess zu straffen und prozedural zu vereinfachen. Gegenüber der Türkei erklärte der Ratsvorsitz nur knapp, er strebe die Öffnung zweier weiterer Kapitel an.

Justiz und Inneres. Auch wenn Tschechien dem Politikfeld Justiz und Inneres keine ähnlich herausgehobene Rolle zuerkennt wie die vorangegangenen Vorsitze, sind noch einige Vorgaben des Haager Programms abzuarbeiten, das zum Jahresende ausläuft. Neben der Fortführung der Verhandlungen über wichtige visapolitische Maßnahmen, um unter anderem die Inbetriebnahme des Visainformationssystems noch unter tschechischem Vorsitz zu ermöglichen, legt die Ratspräsidentschaft besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung des europäischen Asylsystems und die Migrationspolitik. Hier wird der Fokus vor allem auf der östlichen/südöstlichen Dimension liegen. Nachdem Tschechien an dem gemeinsamen Vorschlag der letzten und der aktuellen Triopräsidentschaft für ein neues Fünfjahresprogramm mitgearbeitet hat, wird der Vorsitz in den anstehenden interinstitutionellen Verhandlungen darauf hinwirken, das sich der für Mai angekündigte Kommissionsentwurf an den Vorgaben dieses Programms orientiert.

Fazit

Die Handlungsoptionen der tschechischen Ratspräsidentschaft scheinen durch zahlreiche innere und äußere Faktoren eingeschränkt. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise lastet als Großproblematik auf dem Vorsitz, das schwierige Verhältnis der EU zu Russland muss versachlicht werden und die Hoffnungen auf einen Neubeginn in den Beziehungen zu den USA müssen sich erst noch erfüllen. Internationale Krisen vom Typ der israelischen Intervention im Gazastreifen oder der Gaskonflikt haben Prag gleich zu Beginn der Präsidentschaft auf eine harte Probe gestellt. Die markant und stark konturierte französische Präsidentschaft sowie die darüber hinausdrängende Tatkraft des französischen Staatsoberhauptes drohen nicht zuletzt auf außenpolitischem Gebiet tschechische Bemühungen in den Schatten zu stellen.

Komplex ist aber nicht nur das externe Umfeld, sondern auch die innenpolitische Konstellation. Premier Topolánek muss angesichts der fehlenden parlamentarischen Mehrheit seiner Regierung, einer angriffslustigen Opposition und des regelmäßigen Störfeuers von Präsident Klaus immer wieder Brände an der »Heimatfront« löschen. Zusätzliche Handicaps kommen hinzu: das nach innen wenig konsensorientierte Verhalten der Topolánek-Equipe im Vorfeld der Präsidentschaft (die Kooperationsofferten der ČSSD, die sich als Brücke zu sozialdemokratisch regierten Mitgliedstaaten angeboten hatte, wurden nicht aufgegriffen; der routinierte Leiter der tschechischen Vertretung bei der EU, Jan Kohout, wurde um die Jahreswende 2007/08 ausgewechselt) und möglicherweise innenpolitisch motivierte Ausrutscher (wie etwa die an die Öffentlichkeit gelangten Aufzeichnungen eines kurz vor dem Wechsel der Präsidentschaft anberaumten Treffens zwischen Topolánek und Sarkozy).

All diese Umstände sowie der Sachverhalt, dass mit der Tschechischen Republik ein verhältnismäßig kleiner und in der Rolle des Ratsvorsitzes debütierender Mitgliedstaat die Präsidentschaft innehat,

limitieren die Fähigkeit Prags zu strategischer Führung deutlich. Gleichwohl ist das Land durchaus in der Lage, wichtige Präsidentschaftsfunktionen wahrzunehmen. Durch die Fokussierung auf wenige »Kürthemen« könnten jüngere Initiativen forciert werden, die nicht unbedingt aus Prag stammen mögen, die man sich dort aber mittlerweile zu eigen gemacht hat. Dies gilt etwa für die Ostpolitik und die Energiesicherheit, beides Themen, für die es in der EU derzeit ohnehin hohe Akzeptanz gibt.

Durchaus günstig stehen die Chancen dafür, dass die Tschechische Republik erfolgreich als Vermittler agiert, da hier mangelnde Größe auch als »Charme der Kleinheit« fungieren kann, das Land also weniger als große Akteure unter Verdacht steht, von Eigeninteressen bestimmte Pläne durchsetzen zu wollen. Positiv auswirken wird sich in jedem Fall der Wandel, den Premierminister und ODS-Chef Topolánek wie auch sein für Europafragen zuständiger Vize-Regierungschef Alexandr Vondra in den letzten gut zwei Jahren durchgemacht haben. Diese beiden für die Präsidentschaft zentralen Figuren haben sich von euroskeptischen bzw. pointiert transatlantischen Positionen auf eine Art pragmatischen Euroatlantizismus zu bewegt. Die permanente Fehde mit seinem Gegenspieler Klaus hat Topolánek auch dazu genutzt, sich vom isolierten *enfant terrible* der EU abzusetzen und sich als akzeptierter und verhandlungsbereiter europäischer Staatsmann zu inszenieren. Da Topolánek eine »erfolgreiche« Präsidentschaft zweifelsohne als Vehikel zur innenpolitischen Stabilisierung sieht, wird dies sein pragmatisches Verhalten noch verstärken – auch wenn gerade dieses Kalkül dazu verleiten könnte, statt substantieller Arbeit öffentlichkeitswirksame Events wie etwa die zahlreichen Gipfel mit externen Partnern in den Vordergrund zu stellen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364